

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Bernhardstr. 13 8 28, 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Vollständigste: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Nr.: Dresde Dresden

Bezugspreise
Monatlich bei freier Lieferung nach Hause 1,20
Monatlich bei freier Lieferung nach Hause 1,20
Monatlich bei freier Lieferung nach Hause 1,20

Die französische Annexionspropaganda

Von unserem Mitarbeiter
Rotterdam, 19. März
In einem Pariser Briefe des „Daily Graphic“ werden Versicherungen einer hervorragenden französischen Persönlichkeit wiedergegeben, die mit der Stimmung des deutschen Volkes ausgezeichnet vertraut sein soll. In diesen Mitteilungen wird versichert, daß die Deutschen jeden Frieden annehmen würden, der ihnen Rückkehr bringe; aber die weiteren Bedingungen würden sich die Deutschen nicht den Kopf zerbrechen, weil sie ausgehungert seien. „Daily Graphic“ ist nicht das einzige Londoner Blatt, das auf diese Weise die deutsche Stimmung in Bezug auf die Annahme eines Friedensvertrages darstellt. In London sind mehrere andere Blätter erschienen, die die französische Annexionspropaganda in Bezug auf die deutsche Stimmung wiedergeben. Diese Blätter sind: „The Daily News“, „The Daily Mail“, „The Daily Telegraph“, „The Daily Express“, „The Daily Chronicle“, „The Daily Worker“, „The Daily Herald“, „The Daily Mirror“, „The Daily Sketch“, „The Daily Express“, „The Daily Worker“, „The Daily Herald“, „The Daily Mirror“, „The Daily Sketch“.

Wartung der Hauptstapelplätze für deutsche Lebensmittel

ITA, Mainz, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) Mainz wird Hauptstapelplatz für die Lebensmittel unter teilweiser Übernahme des Posthafens und der Vorräte durch die Versorgungsbehörden. Es sind Vorkehrungen für 2 Millionen Tagesportionen getroffen.

Das Auslaufen der Handelsschiffe

× Hamburg, 22. März. Es laufen heute aus nach den Donschiffen, nach dem Wirtz of Reich sieben Dampfer.

Gesicherte Heimfahrt der deutschen Befragungen

× Haag, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) Aus Paris wird gemeldet: Die Weigerung der deutschen Rotkreuzverbände, die auszuheuernden Schiffe nach den anzuweisenden Häfen zu bringen, läßt man ihnen keine sichere Heimfahrt verbürgen, veranlaßt eine Mitteilung des internationalen Schiffsfahrtsrates an den Admiralat, wonach das verlangte Versprechen gegeben werden soll.

Keine Beschränkungen der Ostsee-Fischerrei

× Kiel, 22. März. Das Stationskommando macht amtlich bekannt: Die Blockade ist dahin umgewandelt, daß alle Einfuhrungen der Ostsee-Fischerrei für die deutschen Fischerboote in der Ostsee aufgehoben worden sind.

Der Berliner Vorstoß ein endgültiger Friede

× Bern, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) Das „Journal“ meldet aus Wien: Aus Pariser Informationen des „Corriere della Sera“ geht hervor, daß man in allerersten Kreisen der Weltmacht, daß der Präliminarfrieden die Bedeutung eines endgültigen Friedensschlusses haben werde. In dieser Hinsicht hat die Erwähnung beigetragen, daß bei der großen Zahl von vermittelnden Nationen die Unterzeichnung der Verträge wohl schon im nächsten Monat zu erwarten sei und daß es nicht angehe, die Welt für ein weiteres halbes Jahr ohne den ersten Frieden zu lassen. Deshalb wird der Pariser oder Berliner Vorstoß eine besondere Stellung in der Geschichte einnehmen.

Sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund

× Berlin, 22. März. Dem „New York Herald“ vom 18. d. M. zufolge verlangen auf der New Yorker Konferenz der League of Free Nations Association der Einwanderungsminister Dr. Howe, Prof. Lovett von der Universität Chicago sowie Dr. Noon von der katholischen Universität in Washington, daß Deutschland sofort in den Völkerverbund aufgenommen werde und sich im Ausführlichen Ausschuss erhalte.

Die Mitarbeit der Neutralen

× Paris, 22. März. Amtlich wird gemeldet: Die zweite Zusammenkunft der Neutralen für den Völkerverbund fand am Freitag um 10 Uhr im Hotel Bristol statt, um den Vertretern der neutralen Staaten die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten über den Völkerverbund zu äußern, wie sie im Völkerverbund zu werden, wurden nacheinander durchgelesen. Am Schluß der Sitzung dankte Lord Robert Cecil, der den Vorsitz führte, allen anwesenden Vertretern für ihre dem Völkerverbund gewirkte Mitarbeit und läßt hinzu, daß die Arbeiten des Ausschusses sehr gefördert worden seien durch die von den neutralen Staaten ausgearbeiteten Entwürfe, die bei der endgültigen Fassung berücksichtigt werden würden. Er schloß seine Ansprache mit dem Wunsch, daß alle bei dieser Beratung vertretenen Staaten bald Mitglieder des Völkerverbundes werden würden.

Beratung der polnischen Frage in Paris

× Paris, 22. März. Amtlich wird gemeldet: Der Oberste Rat der Alliierten hat am Freitag nachmittag von 3 bis 6 Uhr eine Sitzung abgehalten und sich unter verschiedenen Gesichtspunkten mit der polnischen Frage sowie mit dem Transport der Truppen des Generala Daller nach Polen befaßt. Die nächste Sitzung findet am Sonnabend um 11 Uhr statt.

Altenstein will deutsch bleiben

× Altenstein, 22. März. Magdalen und Stadtverordnete nahmen in der gestrigen ersten Sitzung der neu gewählten Stadtkonferenzversammlung einstimmig ohne Ausnahme folgende Entschließung an: „Die von Deutschen gegründete Stadt Altenstein, in welchem Ort sich der Ortsteil zum Vortori des südlichen Grenzlandes und Maßuren, das niemals unmittelbar an Polen gehört hat, das zweimal zum Schutze deutscher Kultur, 1410 und 1914, mit deutschem Blut getränkt wurde, durch deutsche Arbeit lebt und seinen Trümmerern neu erstanden ist, will die auf den Besitz des südlichen Grenzlandes und keine Abtrennung vom übrigen Deutschen Reich gerichtetem ungarischen Antrage die polnische Forderung ablehnen. Sie sieht in deren Erfüllung eine Verarmlichung der im südlichen Grenzlande deutschen Bevölkerung und den Untergang der deutschen Kultur in Ostpreußen und Maßuren und ihrer ausübenden Wirtschaft. In dieser Zeit unter dem kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch gegenwärtigen Ostpreußen rufen wir das Verantwortungsbewußtsein der Reichsregierung, den Bruch des deutschen Volkes und die Verdrängung der Völker der Welt an zum Schutze unserer Heimat.“

Die Vorgänge in Ungarn

Die Entente steht im Zusammenbruch der ungarischen Republik, die, bis zum äußersten getrieben, sich dem Bolschewismus verrieben hat, eine Kulturland für ihre bisher verfehlte Gewaltpolitik. Ein Einlenken, das in der gesamten Ententepolitik nun dringend notwendig sein dürfte, kommt für Ungarn, wie so viele entscheidende Schritte in diesem Kriege, zu spät. Ungarn ist dem Bolschewismus ausgeliefert. Hiermit ist Deutschland fast vollkommen von bolschewistischen Mächten eingeschlossen, die offen und verheißt Anhängerschaft bei und werden, wie unten folgende Telegramme beweisen. Auch ist in Deutschland die Widerstandskraft gegen die bolschewistische Gefahr groß, noch aber liegt in Deutschland die Erkenntnis, daß es trotz aller augenblicklichen Vorteile für uns unmöglich ist, zum Bolschewismus überzugehen, da er für uns gleichbedeutend mit vollkommenem wirtschaftlichem Selbstmord wäre. Für das industrielle Deutschland ist diese Gefahr einer wirtschaftlichen Selbstvernichtung viel größer als für die Agrarländer Rußland und Ungarn. Aber auch die größten inneren Schwierigkeiten können überwunden werden, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird von unseren Verbänden. In ihren Händen liegt die Entscheidung, ob Europa vollkommen vom Bolschewismus überflutet werden soll, oder ob ihm nun endlich durch eine Vernunftpolitik Halt geboten wird.

× Budapest, 22. März. Die ungarische Sozialdemokratie und der revolutionäre Regierungsrat veröffentlichen einen Aufruf an alle, in dem es heißt: Das Proletariat Ungarns nahm mit dem heutigen Tage alle Macht in seine Hand. Das Land kann von der Gefahr des Zusammenbruchs nur durch die Schaffung des Sozialismus und des Kommunismus gerettet werden. Auch ungenügend ist die ungarische Revolution vor der vollen Katastrophe. In dieser Lage blieb der ungarische Regierungsrat als einziger Mittel die Diktatur der Proletarier. Die entscheidende Grundbedingung hierfür ist vollkommene Macht des Proletariats. Die Regierungsrat übernimmt im Auftrag dieser Partei ein revolutionäres Regime. Die Macht, die Befehlsgebung, die Exekutive und die richterliche Gewalt werden von der Diktatur der Arbeiter, Bauern und Soldaten ausgeübt. Der revolutionäre Regierungsrat beginnt unverzüglich seine Arbeit zur Bekämpfung des Sozialismus und Kommunismus. Der Regierungsrat organisiert eine mächtige Volkspolizeiarmee, die die Diktatur der Arbeiterklasse und Bauernschaft gegenüber den imperialistischen und Hochfinanzherrschaftern wie gegenüber den römischen Bulgaren und der schiedlichen Bourgeoisie zur Geltung bringt. Er erklärt seine volle Solidarität mit der russischen Sowjetregierung und bietet den Proletariaten Rußlands ein Waffenbündnis an. Er fordert die Arbeiterklasse Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas auf, nicht weiter den verachteten Heldens ihrer imperialistischen Regierungen gegen die ungarische Arbeiterrepublik zu stehen. Die Arbeiter Deutschlands, Österreichs und Deutschlands fordern er auf, dem Beispiel der ungarischen Arbeiterklasse zu folgen, mit Paris auch endgültig zu brechen und sich mit Moskau zu verbinden, die Arbeiterrepublik zu konstituieren und mit Völkern in der Hand den imperialistischen Eroberern Trost zu bieten.

Wormitz herrschte in Budapest vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Straßen zeigten ein lebhaftes Treiben, da die meisten Betriebe feierten. Menschen strömten nach Plazate mit der Aufschrift: „Es lebe die Arbeiterregierung!“ Andre Plazate forderten zur Ordnung und Arbeit an. Zahlreiche Geschäfte und sämtliche Banken sind gesperrt. Die Ordnung wird durch Militär und Volkswache aufrechterhalten. Der revolutionäre Regierungsrat hatte im Laufe des Vormittags eine Verordnung erlassen, in der das Waffenverbot aufgehoben und die Unterbrechung dieser Verordnung mit fünfjähriger Zuchthausstrafe und 50 000 Kr. Geldstrafe bestraft wird. Auch an zahlreichen Orten des Landes laufen Telegramme ein, nach denen überall grünte Ruhe und Ordnung herrscht. Sonntag nachmittag findet eine große öffentliche Versammlung der ungarischen sozialistischen Partei statt.

Die Vergewaltigung Ungarns durch die Entente

× Wien, 22. März. Die neue Befehlshaberarmee in Ungarn, deren Organisationschef der von Oberstleutnant Graf von Grafen Karolyi überleitete Entente-Noten im einzelnen bestimmt wird, bedeutet ein Vordringen der Alliierten insbesondere der rumänischen Truppen auf 200 Kilometer Länge um etwa 60 Kilometer nach Westen. Es würde hierdurch ein Gebiet mit 2 1/2 Millionen Menschen von Ungarn losgerissen und Ungarn in der Donau auf das Land zwischen Donau und Theiß und dem mittleren Theiß-Tal beschränkt. Die Note verlangt weiter, daß der Rückzug der ungarischen Truppen hinter die Weikengraze der neutralen Zone mit dem 2. beginnen und innerhalb höchstens 10 Tagen beendet sein muß, nach deren Verlauf die rumänischen Truppen ihre Linien vorziehen wollen. Das Kriegsmaterial in der neutralen Zone wird der ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt. Eisenbahn und Kriegsmaterial müssen bis zur weiteren Entscheidung auf dem Plage verbleiben. Die bürgerliche Verwaltung soll in der neutralen Zone unter Kontrolle der Alliierten in der Hand der ungarischen Regierung bleiben. Die ungarische Gewerkschaft und Polizei sollen die Aufrechterhaltung der Ordnung sichern.

Gemeinwirtschaft

III.
Einen wichtigen Teil in der Regelung der Gemeinwirtschaft bildet die Sozialisierung der Betriebe. Drei Voraussetzungen können für die Durchsührung veranlassen, die unter sich wieder in Beziehung stehen: Finanzinteressen des Reiches, volkswirtschaftliche Notwendigkeiten und Zweckmäßigkeit, politische Rücksichten, die in diesem Falle demnach sind mit der vermeintlichen Forderung der Interessen der Arbeiterklasse. Um den letzten Gesichtspunkt gleich vorweg zu nehmen: politische Rücksichten sind wenig geeignet, die Frage einer Sozialisierung zu lösen und erstens zu prüfen; sie müssen dazu führen, die Bedürfnisse der Volkswirtschaft und die Finanzinteressen des Reiches hintanzurufen. Doch gerade bei der vorliegenden Gelegenheit über die Sozialisierung und politischen Willen einmüßig ist, beweisen die Taten aus Genüge; selbst wenn es die Regierung nicht gelungen wäre. Es ist wohl nicht vorzunehmen, daß ein Gesamtentwurf von der weitestgehenden Bedeutung einem Parlament ohne eingehende wirtschaftliche und soziale Studien, genaue Unterlagen und Berechnungen vorgelegt werden ist, wie es bei diesem der Fall ist, auch der Umstand, daß die Sozialisierungskommission einen „Vorstudienbericht“ über die Sozialisierung der Betriebe vorgelegt hat, spricht dafür, daß die Regierung — abgesehen von politischen Gesichtspunkten — eine gründliche Vorbereitung und Prüfung des Gesamtentwurfes eingebracht hat. Die soziale Beschäftigung der ganzen Angelegenheit muß unter diesem Umstande außerordentlich leben, und der bisherige Verlauf der Verhandlungen in der Nationalversammlung beläuft sich auf die Befürwortung, die soziale Bedingungen werden aber leider noch weiter in den Hintergrund gedrängt durch die Tatsache, daß die Sozialisierung eine politische Programmforderung der Arbeiterpartei ist. Es bedarf wohl keines Bemerkens, daß die ganze Aktion der Regierung hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich unter dem Einfluß dieser politischen Partei-Programme forderung stehende gekommen ist. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft werden schwer unter dieser Last zu liegen haben. Nur so, so ist es in der Zeit dieses Weltkrieges und in dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher Depressionen den Arbeiter geben, denn sonst muß mit einem derartigen Vorstoß das Gegenteil erreicht werden von dem, was der Gesetzgeber wollte. Und gerade auf sozialem Gebiet wird der schlaueste Rückzug erfolgen. Doch der Mensch in den Mittelstufen der Wirtschaftlichkeit gekleidet, in eine Forderung, und jeder stillen Forderung beizutreten wird. Die Stellung des Arbeiters wird natürlich durch die wirtschaftliche Krise nicht. Die große Frage ist aber die: Was die Arbeiterklasse sehr und die Arbeiterpartei? Was die Arbeiterpartei durch die Sozialisierung zum gewinnen und nicht verlieren kann? Diese Frage ist von der anderen nicht zu trennen; Welche werden die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Sozialisierung sein und der Sozialisierungsgeheimnisse? Können sie einen solchen Erfolg gegen unsere Volkswirtschaft, wird die große Masse unserer Völkern in das gleiche Gebiet geführt, und der Arbeiter hat gar nichts von seiner sozialen Ordnung, die auf dem Papier stehen wird.

Es ist sehr schwer notwendig, daß eine vernünftige Sozialisierung der zu einer solchen reinen Wirtschaftsmasse für die Volkswirtschaft ungenügende Folgen haben muß. Die Stellung der Arbeiter wird sich aber auch in diesem Falle nicht wirtschaftlich ändern. Das Bewußtsein, daß der Arbeiter im sozialisierten Betrieb nicht mehr zum Vorteil eines einzelnen Kapitals, sondern im Interesse der Gesamtheit für diese, was ihm in seinen eigenen Augen und in der ganzen Welt wohl denken, auf die wirtschaftliche Arbeitsbedingung — die soziale — wird die Sozialisierung nicht den von vielen Arbeitern erhofften Erfolg haben. Der Staat wird nicht in der Lage sein, mit der Arbeiterpartei zu arbeiten, höhere als die höchsten Wände zu zahlen. Willkür erfordert das Bewußtsein eines das Gegenteil! Das Reich will die Sozialisierung auch zu erzwingen zu werden bemühen, es will auch mit den sozialisierten Betrieben einen Gewinn herausziehen. Dieser Gewinn darf aber durch eine derartige Belastung der Volkswirtschaft nicht eine gewisse Menge überschreiten. Gerade bei der Sozialisierung läßt sich eine solche bitter rächen, denn sie könnte unter Umständen unter Anbuhle auf dem Weltmarkt die Konkurrenzfähigkeit nehmen. Die Forderungen aus dieser Tatsache für die Höhe der Arbeitslohn lassen sich leicht ablesen. Auf die Welt wird es auch ohne wesentlichen Einfluß sein, ob der Arbeiter mit einer gewissen Gewinnbeteiligung verbunden ist oder nicht, von der bisher wenigstens noch nicht die Rede war. Auch sie wird auf das Endergebnis der Sozialisierung nicht von wesentlicher Bedeutung sein — hat aber den Nachteil, daß sie dem Arbeiter ein Mittel anverleiht, indem die Konkurrenz eines Teiles des Lohnes von einem unheimlichen, in der Zukunft liegenden Faktor abhängt gemacht wird. Im übrigen betont der Bericht der Sozialisierungskommission, daß die Entlohnung in dem sozialisierten Bereich nach dem Leistungsfähigkeit zu erfolgen habe.

Das Wort Sozialisierung bedeutet ein Programm. Es besagt, daß eine Verstaatlichung nicht aus finanziellen Gründen, sondern in erster Linie aus wirtschaftlichen, und sozialpolitischen erfolgt. Nur die Praxis wird diese Tatsache immerhin von Bedeutung sein. Die Sozialisierung ist an sich durchaus keine neue Erfindung. Das Reich und die Bundesstaaten haben auch früher schon gewichtige Zweige unter Volkswirtschaft sozialisiert. Es bedarf hier nicht die Kultur „sozialistischer“ denn der Erwerbssache aus diesen Unternehmen war nicht der letzte Gedanke, sondern die Rücksicht auf die Volkswirtschaft. Diese gingen ja so weit, daß die einzelnen Bundesstaaten a. B. auch Eisenbahnen, Straßen, von denen von vordem ein solches

Um in englischen Unterhauskreisen nicht eine frageliche Stimmung hervorzurufen, die gerade jetzt vermieden werden muß, läßt die Londoner Presse mit einer Beurteilung der französischen Annexionspropaganda hinstern Berge. Die Zurückhaltung der englischen Presse geht so weit, daß sie ein von dem Pariser Auslandskorrespondenten angelegertes und in London fast verbreitetes Kartenbild des südlichen Deutschland nicht veröffentlicht. Vor zwei Wochen kamen in London größere Sendungen von Ansichtskarten aus Paris an; die Karten sollten den „Bundesgenossen“ die Kenntnis der französischen „Friedensbedingungen“ vermitteln. Auf diesen Karten sieht man das ganze Inhabergebiet: Ob die grün, während das um Danzig, Thorn, Posen, Schlesiens verfallene Deutschland rosa gefärbt ist. Die meisten inländischen Städte tragen französische Namen. Luxemburg ist als „französisch“ bezeichnet. Den Holländern werden Teile von Nordbrabant und Limburg abgenommen. Das Schöne ist, daß die Ansichtskarten den Titel „E. M. P. R. F. Français“ tragen. Der Erfolg dieser Postkarte scheint in London eher negativ gewesen zu sein, denn nach glaubwürdigen Berichten wurden die Karten bald wieder aus dem Handel gezogen. Infolge der „schlechten Laune“ Wilsons, wie „Vibre Parole“ vor einigen Tagen schrieb, ist jetzt eine gewisse Schwächung der britischen Jingo-Stimmung eingetreten. Man glaubt in Paris nicht mehr an ein Wiederanstehen der Deutschen in England und fühlt sich nicht mehr so hart wie früher...

Ein verkappter englischer Imperialist

× Rotterdam, 21. März. Der englische Sozialist Guy Duman, dessen Rede gegen die Wiederherstellung der Internationale bekannt ist, hat jetzt sein vor zwei Jahren geschriebenes, doch von der Senkar verbotenes Buch „Lien et Erache“ in der ersten Auflage herausgegeben. Duman entspannt sich in dem Buche als ein wahrer Imperialist, der sich die Bekämpfung halber den Namen „Sozialist“ verliehen hat. Er gibt der englischen Regierung Ratschläge, wie sie sich der japanischen Gefahr entgegenstellen sollte. „China muß von japanischem Einflusse befreit werden“, ruft er aus; aber er predigt nicht die Freiheit der Nation, sondern die „Möglichkeit, den steigenden Wünschen der britischen Weltmarkt zu entsprechen“. Das Buch trägt eine scharfe Spitze gegen Japan, behauptet die Senkar zu geboten, während des Krieges den sonst sehr brauchbaren Ocker und „Sozialist“ Duman auf die Fährlichkeit zu verweisen. Am schloßen ist der Teil des Buches, in dem über das „erwachende Britisch-Indien“ gesprochen wird. Seit davon entlehnt, die Befreiung Indiens anzustreben, empfiehlt Duman das Recht eines „Schicksals des Selbstverwirklichungsrechts“, denn er geht von dem Standpunkt aus, daß die Indes nicht selbst regieren können.